

obwohl Millionen einfacher Menschen hungern. Im Sozialismus dagegen — wie es uns die Sowjetunion zeigt — Erschließung von ehemaligem Öd- und Brachland. Dort wurden in den letzten Jahren über 39 Millionen ha Ackerland für die Sicherung der Ernährung erschlossen.

Der Prozeß des Bauernlegens spiegelt sich auch in den amtlichen Angaben des holländischen Landwirtschaftsministeriums wider. Allein in den Jahren von 1950 bis 1955 ist dort die Zahl der Betriebe bis zu 8 ha um 11 340 zurückgegangen. Die „Deutsche landwirtschaftliche Presse“ vom 23. November 1957 gibt zu, daß auch in Schweden in den letzten sieben Jahren über 35 601 aller bäuerlichen Betriebe, das sind 8,6 Prozent, auf gehört haben zu existieren. In Frankreich schätzt man die Zahl der bankrott gegangenen landwirtschaftlichen Betriebe allein in den letzten fünf Jahren auf etwa 300 000.

Die westdeutsche Pressekorrespondenz „Stimmen zur Agrarwirtschaft“ vom 2. August 1957 kam anläßlich der Analyse des zweiten Grünen Berichtes zu der Schlußfolgerung, daß durch den Ruin von durchschnittlich elf Kleinbauernbetrieben in Westdeutschland eine sogenannte „Vollbauernstelle“ neu entsteht. Die „Frankfurter Allgemeine“ vom 12. November 1957 gibt zu, daß die Kleinbetriebe in Westdeutschland auf dem Rückzug sind und schlußfolgert, daß von den in Westdeutschland vorhandenen Betrieben in der Landwirtschaft noch rund 70 Prozent auf gegeben werden müßten. In Westdeutschland wird dieser Prozeß durch die Politik des kalten Krieges und durch die Bindung an die Politik der NATO beschleunigt und verschärft. Ein Vorstandsmitglied des Deutschen Bauernverbandes gab an, daß für Kriegszwecke bereits rund 800 000 bis 900 000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche beschlagnahmt wurden.

Die westdeutsche Zeitung „Die Welt“ sah sich gezwungen, am 3. Dezember 1957 davon zu berichten, daß allein im Jahre 1957 die Schuldenlast der westdeutschen Bauern um weitere 800 Mill. DM angewachsen ist. Die westdeutschen Bauern — das betrifft in der Hauptsache die Klein- und Mittelbauern —* müssen allein an die staatlichen Kreditinstitute jährlich eine Zinssumme von über 538 Mill. DM zahlen. Bezeichnend ist das Eingeständnis, daß im Wirtschaftsjahr 1956/57 die Verschuldung schneller wuchs als die Einnahmen. Den errechneten Verkaufserlösen von über 15 Mrd. DM stehen errechnete Ausgaben von über 12,25 Mrd. DM gegenüber. „Die Welt“ hebt hervor, daß im Wirtschaftsjahr 1957 für die familieneigenen Arbeitskräfte nur ein monatliches Einkommen von etwa 104 DM verblieben ist. Dabei ist der errechnete Durchschnittsertrag. In ihm sind die Millioneneinnahmen der Junker ebenso enthalten wie die Pfennigerlöse des Kleinbauern, der vor dem Konkurs steht.

Es ist eine Tatsache, daß mit aktiver Unterstützung der Bonner Regierung Abwerbeorganisationen für Klein- und Mittelbauern und deren Söhne aus der DDR nach Übersee bestehen. Diese Abwerbeagenturen treten insbesondere auf der sogenannten „Grünen Woche“ und anderen Landwirtschaftsausstellungen in Erscheinung. Gleichzeitig orientieren sie sich vor allem auch auf republikflüchtige Bauern.

So bemüht sich die französische Regierung über die Organisation „Etablissements Rural“, die teils durch sie, teils durch die Regierung der Bundesrepublik über die Deutsche Auslands-Siedlungs G.m.b.H. finanziert wird, seit 1950, Bauern aus der DDR abzuwerben. Es geht darum, Pächter zu finden für Ländereien, die nicht mehr absetzbar sind und in der Regel dem Großgrundbesitzer gehören. Rechtlos und der Profitsucht der Großfarmer und Groß-